Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Kein Abschluss ohne Anschluss.

Übergang Schule – Beruf in Nordrhein-Westfalen neu gestalten.

EUROPÄISCHE UNION

Europäischer Sozialfonds

KEIN ABSCHLUSS OHNE ANSCHLUSS
Übergang Schule - Beruf in NRW

www.keinabschlussohneanschluss.nrw.de

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Inhalt

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen
„Vorbeugende Politik sichert unsere Zukunft“ 2

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Weg: Verlässliche Begleitung bei der Berufs- und Studienorientierung 4

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Unser Ziel: Kein Abschluss ohne Anschluss! 6

Zentrale Handlungsfelder und Umsetzungskonzepte
Bewährtes landesweit in neuer Struktur 8

Handlungsfeld I: Berufs- und Studienorientierung
Orientierung mit System 10

Handlungsfeld II: Übergangssystem
Klare Anschlussperspektive 16

Handlungsfeld III: Attraktivität des dualen Systems
Der Weg zum Erfolg 20

Handlungsfeld IV: Kommunale Koordinierung
Motor des nahtlosen Übergangs 24

„Kein Abschluss ohne Anschluss“ – Vorteile und Ziele
Weiterführende Informationen 28

Impressum 29

Interview mit Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen

„Vorbeugende Politik sichert unsere Zukunft.“

Frau Ministerpräsidentin, das Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist Teil der vorbeugenden Politik in Nordrhein-Westfalen. Was macht Prävention so wichtig, was kennzeichnet eine Politik, die dem Ziel verpflichtet ist: „Kein Kind zurücklassen!“?

Unter dem Leitmotiv „Kein Kind zurücklassen!“ verfolgen wir eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, allen Kindern in Nordrhein-Westfalen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen. Dazu müssen wir die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien frühzeitig stärken, gezielt fördern und ganzheitlich unterstützen. Unser Ziel ist, dass Mädchen und Jungen von klein auf bis zum Eintritt ins Berufsleben in Nordrhein-Westfalen bestmögliche Bedingungen vorfinden, um unabhängig von Herkunft und sozialem Status der Eltern ihre Talente entwickeln und ihre Fähigkeiten zur Geltung bringen zu können. Wir wollen den jungen Menschen einen guten Start in ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und gleichzeitig dem Fachkräftemangel begegnen. Wir wollen, dass mehr Menschen eine gute Ausbildung und Arbeit finden, um sie vor Arbeitslosigkeit und Altersarmut zu schützen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen zukunftssicher machen. Das ist vorbeugende Politik.

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“?

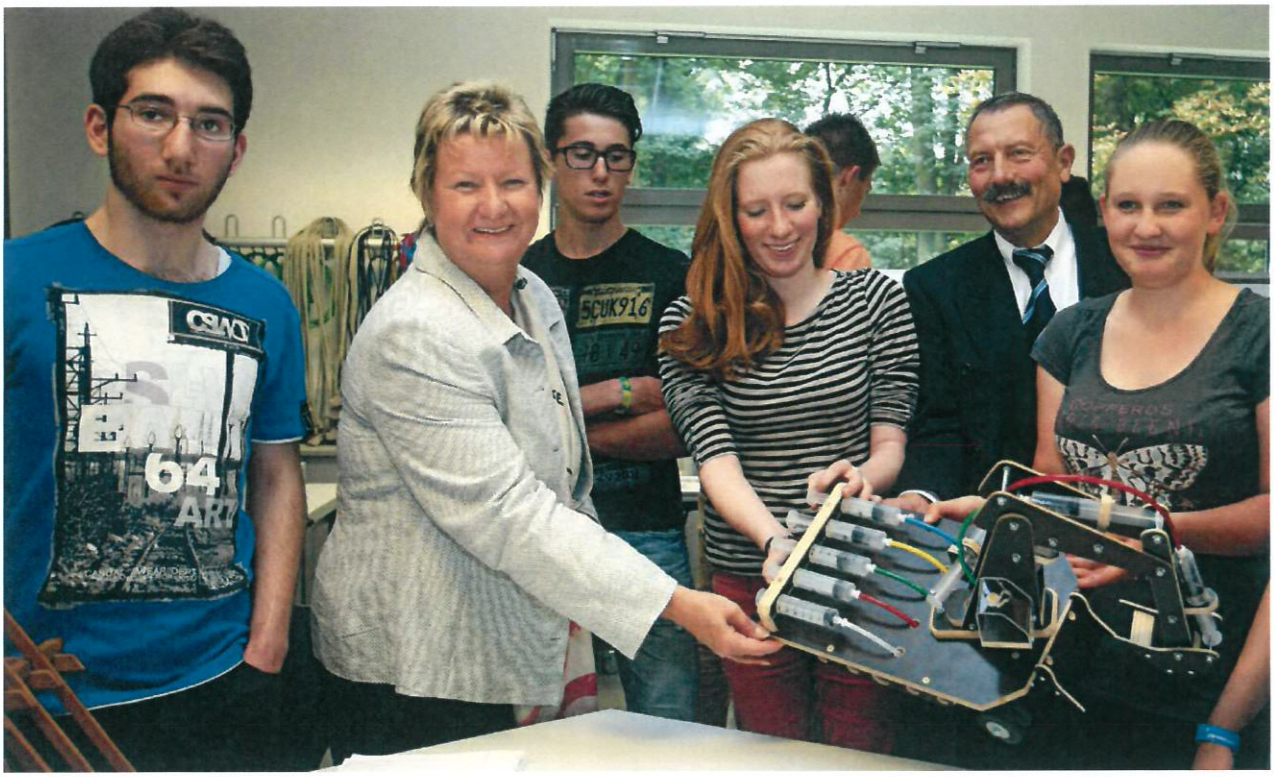
„Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist Teil einer Präventionskette, in der alle relevanten Akteure, Institutionen und Angebote miteinander vernetzt werden, um Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in allen Lebensphasen von der Schwangerschaft beziehungsweise der Geburt bis in den Beruf die notwendige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Wir wissen, dass besonders die Übergänge von der Familie in die Kita, von dort in die Grundschule, zur weiterführenden Schule und insbesondere auch der Übergang von der Schule in den Beruf

oft schwierig sind. Das wollen wir verbessern. Ziel von „Kein Abschluss ohne Anschluss" ist daher, dass es allen Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen gelingt, nach der Schule ohne Warteschleifen und Umwege in die Berufsausbildung oder ins Studium zu kommen. Dafür beginnt bereits ab der 8. Klasse eine umfassende Berufs- und Studienorientierung. Das ist bundesweit und bezogen auf ein Flächenland wie NRW durchaus einmalig. Bis 2018 werden wir die Neuausrichtung des Übergangs von der Schule in den Beruf im ganzen Land abgeschlossen haben. Im Endausbau werden dann 512.000 Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 bis 10 erreicht. Das ist eine gewaltige Aufgabe und dafür ebnen wir zusammen mit den Partnern im Ausbildungskonsens den Weg. Denn bei jeder Schülerin und jedem Schüler werden die individuellen Fähigkeiten analysiert, werden Berufsfelder erkundet und Praktika in Betrieben vermittelt. Vorbeugung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen.

Welche Gründe sprechen dafür, die Prävention in allen Politikfeldern, also auch im wichtigen Bereich der beruflichen Bildung und Ausbildung, in den Mittelpunkt zu stellen?
Es gibt viele Gründe, die für den vorbeugenden Politikansatz sprechen. Wir wollen Bildungs- und Chancengerechtigkeit und wir wollen Talente frühzeitig erkennen und fördern. Jedes Kind hat Talente. „Kein Kind zurücklassen!" setzt auf die Erschließung dieser Potenziale und trägt somit dazu bei, die Stärken der Kinder zu stärken und den Nachwuchs für die Wirtschaft unseres Landes jenseits der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte zu sichern. Die Vorhersagen zum demografischen Wandel sind alarmierend genug. Nach einer Untersuchung von Prognos werden allein in NRW – wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird – schon im Jahr 2020 voraussichtlich 630.000 Fachkräfte fehlen. Eine Politik der Vorbeugung erhöht die Bildungs- und Chancengerechtigkeit und festigt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie trägt zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses bei und so zur Stärkung der Wirtschaftskraft. Sie senkt soziale Folgekosten und erzielt volkswirtschaftliche Gewinne.

Die Umsetzung des Übergangs von der Schule in den Beruf haben Sie sich vor Ort angeschaut. Welchen Eindruck hatten Sie, welche Rolle spielen die Kommunen?
Zweifellos kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu, und sie sind ein wichtiges Glied der kommunalen Präventionsketten, wie wir sie im Rahmen unserer vorbeugenden Landespolitik aufbauen. Ich habe einige Kommunen besucht, darunter Mülheim, Siegen und Dortmund, und mit den Akteuren darüber gesprochen, wie es mit der Umsetzung des Übergangs Schule – Beruf vor Ort vorangeht. Dabei ist deutlich geworden, dass der Auf- und Ausbau des Übergangssystems keine leichte Aufgabe ist. Schule, Wirtschaft, Verwaltung – viele Akteure sind beteiligt und müssen sich zielführend koordinieren und vernetzen. Wo alle an einem Strang ziehen, gelingt dies, und zwar sehr erfolgreich. Voraussetzung ist, dass sich die politische Führung einer Kommune sichtbar hinter das Ziel „Kein Abschluss ohne Anschluss" stellt und es entschlossen vorantreibt. Bei meinen Besuchen hat sich auch gezeigt, dass der Erfolg des Übergangs Schule – Beruf entscheidend davon abhängt, dass die Betriebe vor Ort ausreichend Plätze für Berufsfelderkundungen und Praktika bereitstellen.

Frau Ministerpräsidentin, welche Botschaft möchten Sie allen Beteiligten mit auf den Weg geben?
Ein gelungener Übergang von der Schule in den Beruf ist eine entscheidende Etappe im Leben eines jungen Menschen. Mein Appell geht daher an alle Beteiligten, an die Eltern als erste und wichtigste Ratgeber ihrer Kinder, an die Verantwortlichen in Politik, Schule und Wirtschaft: Unterstützen Sie unsere jungen Menschen auf ihrem Weg in den Beruf! Eine gute Ausbildung ist und bleibt die wichtigste Voraussetzung für gute Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, für beruflichen Erfolg und damit für gesellschaftliche Integration und Teilhabe.



Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Weg: Verlässliche Begleitung bei der Berufs- und Studienorientierung.

Junge Menschen brauchen Perspektiven für ihre Zukunft! Das ist das Ziel von „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule – Beruf in NRW".

Der Start der Jugendlichen in eine berufliche Ausbildung oder ein Studium und damit zugleich ins Berufsleben soll ihnen durch das Landesvorhaben erfolgreicher als bisher ermöglicht werden. Den Schülerinnen und Schülern soll eine Ausbildungs- oder Studienperspektive aufgezeigt werden.

Berufs- und Studienorientierung systematisieren

In Nordrhein-Westfalen ist die Berufs- und Studienorientierung bereits seit 2007 ein verbindliches Handlungsfeld für die Schul- und Unterrichtsentwicklung. Viele Schulen verfügen schon jetzt über gute Ansätze, um ihren Schülerinnen und Schülern eine praxisnahe Orientierung zu ermöglichen und hierdurch Anschlussperspektiven aufzuzeigen. Mit der Einführung von „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule – Beruf in NRW" ist das Handlungsfeld „Berufs- und Studienorientierung" für die Schulen jedoch künftig nicht mehr von Einzelaktivitäten oder kurzfristigen Projektbewilligungen abhängig. Das Landesvorhaben umfasst vielmehr verbindliche Standardelemente einer systematischen, geschlechtersensiblen und nachhaltigen Berufs- und Studienorientierung, wie zum Beispiel eine Potenzialanalyse, Berufsfelderkundungen sowie ein Portfolioinstrument für alle Schülerinnen und Schüler. Es bildet die Basis, auf der alle allgemein bildenden Schulen ihre guten Ansätze auf- und ausbauen können.

Für das Gelingen dieses Vorhabens ist das Engagement der Lehrkräfte in Zusammenarbeit mit den Schülerinnen und Schülern und deren Erziehungsberechtigten sowie allen weiteren Partnern im Übergang von zentraler Bedeutung.

Übergänge erfolgreich gestalten

Übergänge bergen immer die Gefahr, Potenziale zu verlieren. Kinder und Jugendliche brauchen Orientierung, und dazu müssen wir die Übergänge genau in den Blick nehmen und angemessen gestalten unter Achtung der Fähigkeiten und Neigungen der jungen Menschen. Das ist nicht nur entscheidend für unsere Kinder und Jugendlichen, sondern auch in unserem eigenen Interesse: Angesichts des demografischen Wandels und des akuten sowie des noch kommenden Fachkräftemangels können wir es uns in der Tat nicht leisten, Potenziale zu verlieren. Deshalb stehen im Rahmen von „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule – Beruf in NRW" die einzelnen Schülerinnen und Schüler ab der Klasse 8 der allgemein bildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen mit ihrer Berufs- und Studienorientierung im Fokus. Die Jugendlichen bilanzieren im Rahmen einer Anschlussvereinbarung erstmalig bereits zum Ende der Klasse 9 die bis dahin vorliegenden Ergebnisse und Erkenntnisse ihres individuellen Berufs- und Studienorientierungsprozesses. Sie leiten hieraus eine begründete Ausbildungs- bzw. Studienwahlentscheidung ab und erfassen ihre nächsten geplanten Schritte zudem in einem Online-Portal. Die zusammengefassten Daten der von den jungen Menschen beabsichtigen nächsten Schritte werden den jeweiligen Kommunalen Koordinierungsstellen für die weitere Planung und Koordination der gewünschten Anschlussangebote mit allen beteiligten Akteuren vor Ort zur Verfügung gestellt.

Anschlussangebote sichern

Die Angebote im Übergang von der allgemein bildenden Schule in Ausbildung bzw. Studium dienen neben der Realisierung einer individuellen, verbindlichen Ausbildungs- bzw. Studienperspektive für die Jugendlichen zugleich der Sicherstellung des Fach- und Führungskräftenachwuchses. Auch aus diesem Grund werden die Angebote im Übergang auf der Grundlage des 10. Schulrechtsänderungsgesetzes systematisiert und mit Blick auf verbesserte Anschluss- und Anrechnungsmöglichkeiten für berufliche Ausbildung zum 01.08.2015 neu strukturiert. Es ist vorgesehen, die Ausbildungsvorbereitung und Berufsfachschule für die berufliche Anschluss- und Anrechnungsfähigkeit stärker beruflich auszurichten und zugleich den Erwerb des Hauptschulabschlusses in der Ausbildungsvorbereitung im Sinne der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung zu ermöglichen. Insgesamt wird die bewährte Durchlässigkeit der Bildungsgänge am Berufskolleg gestärkt. Jeder junge Mensch soll entsprechende Anschlussangebote regional vorfinden können.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule – Beruf in NRW" ein Vorhaben auf den Weg gebracht haben, das alle jungen Frauen und Männer systematisch dabei unterstützt, ihre Stärken und Interessen frühzeitig zu erkennen, weiterzuentwickeln und ihre individuellen Anschlussmöglichkeiten zielgerichtet in den Blick zu nehmen. Der Erfolg des Vorhabens ist davon abhängig, dass sich alle beteiligten Akteure vor Ort gemeinsam dieser großen Aufgabe stellen.

Die vorliegende Broschüre enthält Wissenswertes zu den zentralen Elementen des Landesvorhabens und gewährt praktische Einblicke in dessen Umsetzung. Ich lade Sie daher ein, sich ein Bild davon zu verschaffen und die Umsetzung von „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule – Beruf in NRW" aktiv zu unterstützen.

Es lohnt sich: für die jungen Menschen und für unsere Gesellschaft!

Fünf junge Menschen zu Gast bei Guntram Schneider, dem Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Unser Ziel: Kein Abschluss ohne Anschluss!

Fünf junge Menschen besuchten Arbeitsminister Guntram Schneider, um mit ihm über Lebensperspektiven und Wege in den Beruf zu sprechen. Sie berichteten von ihren Erfahrungen, die sie bislang mit der Berufsfindung gemacht haben.

Der Arbeitsminister erinnert sich an dieses Treffen:

Einer der jungen Besucher, Ünsal (24 Jahre), hatte als Schulabgänger viele offene Fragen. Ihm haben eine kluge Begleitung und Beratung bei der Entscheidung für eine Ausbildung gefehlt. „Als Elektroniker für Betriebstechnik bin ich heute rundum zufrieden, aber bis hierhin habe ich drei Jahre Zeit verloren", erklärte Ünsal.

Ich finde, er hat recht. Wir können es uns nicht leisten, auf der einen Seite ausbildungswillige junge Menschen Warteschleifen durchlaufen zu lassen, wenn auf der anderen Seite von Fachkräftemangel gesprochen wird und sogar betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben.

Dennis, ein junger Mann von 20 Jahren, saß mir als Azubi im ersten Lehrjahr gegenüber. Er lernt Industriekaufmann bei den Stadtwerken einer Kommune in NRW, wo auch sein Vater beschäftigt ist. „Meine Berufsorientierung bestand aus einem Kurzpraktikum in der 7. Klasse und einem Berufsinfotag, mehr nicht", erzählte der junge Mann. Am Ende war der gute Rat seines Vaters schließlich ausschlaggebend. Dennis wird sicher seinen Weg machen, ob er aber alle seine Potenziale bereits kennt, sei dahingestellt.

Diese beiden jungen Männer haben Perspektiven – allerdings hatte dabei auch der Zufall seine Hand im Spiel.

Wir, die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, wollen aber sichergehen, wenn es um die Zukunft der jungen Menschen in unserem Land geht. „Kein Abschluss ohne Anschluss" (KAoA) lautet unser ehrgeiziges Ziel, das wir zum Programm erhoben haben.

Seit 2012 wird das neue Übergangssystem von der Schule in den Beruf Zug um Zug in unserem Bundesland eingeführt, bis es 2018/2019 flächendeckend an allen Schulen angekommen sein wird. Ab der 8. Klasse werden mit „Kein Abschluss ohne Anschluss" Schülerinnen und Schüler systematisch begleitet. Über 200.000 Jugendliche erreichen wir schon jetzt.

Im Gegensatz zu Ünsal und Dennis kennen Laura, Karlotta und Joren, die zum Zeitpunkt unseres Treffens alle 15 Jahre jung waren und ein Gymnasium besuchten, das Landesvorhaben. Sie haben bereits davon profitiert. Eines der Standardelemente während der Schulzeit ist beispielsweise die Potenzialanalyse. Für Laura und Karlotta hat das Herauskitzeln von Schwächen und Stärken, Vorlieben und Abneigungen immerhin erste Hinweise auf mögliche Berufsziele gebracht. „Unter anderem Management finde ich interessant", erklärte Karlotta. „Fitness und Sport standen bei mir ganz oben, außerdem hat mir Mediengestaltung gut gefallen", erinnerte sich Laura. Ein Ergebnis kann natürlich auch sein, in den eigenen Neigungen bestätigt zu werden. „Ich interessiere mich schon lange für Recht und Gesetz. Dass ich Jura studieren will, wusste ich schon vorher", sagte Joren, den die Analyse also noch einmal bestärkt hat. Im Gespräch stellte sich heraus – allen dreien gemeinsam war der Wunsch, möglichst viele praktische Erfahrungen zu sammeln, bevor sie in das Berufsleben starten.

Berufsfelderkundungen und Praktika als Orientierung sind ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Systems. Sie sind für Schülerinnen und Schüler ebenso wie für die Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Die vielen Gespräche, die ich regelmäßig mit Unternehmerinnen und Unternehmern und Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhabern führe, zeigen mir, dass wir mit „Kein Abschluss ohne Anschluss" genau auf dem richtigen Weg sind. Eines ist aber auch klar: Nur wenn die Wirtschaft mitmacht und jungen Menschen im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung die Möglichkeit gibt, Erfahrungen in Betrieben zu sammeln, und auch ausreichend Ausbildungsstellen bereitstellt, wird das System optimal funktionieren.

In meiner Jugend, immerhin ist das fast ein halbes Jahrhundert her, gab es keine Lehrstellennot. Von der freien Auswahl eines Ausbildungsplatzes wie zu meiner Zeit sind wir aktuell immer noch weit entfernt. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Notwendigkeit, ihren Fachkräftebedarf zu sichern, werden Betriebe zukünftig verstärkt um ihren Nachwuchs werben müssen. Und dies klappt am besten, indem sie junge Menschen selbst ausbilden. Schülerinnen und Schüler sollten ihrerseits darauf achten, dass der Berufswunsch realistische Chancen auf eine spätere Anstellung bietet. Ich bin überzeugt, „Kein Abschluss ohne Anschluss" wird allen Beteiligten hier für die Zukunft eine wichtige Hilfe sein.

Zentrale Handlungsfelder und Umsetzungskonzepte

Bewährtes landesweit in neuer Struktur

Nordrhein-Westfalen hat mit „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ein einheitliches und effizientes Übergangssystem von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf eingeführt, um Jugendlichen die Berufs- und Studienwahl zu erleichtern und den Einstieg ins Berufsleben zu ebnen.

Das Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist ein wichtiges Element der präventiven Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen. Die Jugendlichen werden frühzeitig bei der Berufs- und Studienorientierung, der Berufswahl und beim Eintritt in eine Ausbildung, in ein Studium und das Berufsleben unterstützt. Ziel ist es, den jungen Menschen nach der Schule möglichst rasch eine Anschlussperspektive für eine Berufsausbildung oder ein Studium zu eröffnen bzw. durch einen strukturierten Übergang unnötige Warteschleifen zu ersparen. Kommunal koordiniert wird „Kein Abschluss ohne Anschluss“ effektiv umgesetzt.

Mit „Kein Abschluss ohne Anschluss“ – kurz KAoA – führt Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland ein landesweit verbindliches, transparentes, geschlechtersensibles und strukturiertes Gesamtsystem ein. Dies wurde 2011 mit den Partnern im Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen gemeinsam beschlossen. Im Ausbildungskonsens haben sich 1996 die Landesregierung, die Organisationen der Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Arbeitsverwaltung und die Kommunen mit dem Ziel zusammengeschlossen, allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen. Die Umsetzung erfolgt in den folgenden vier Handlungsfeldern:

Handlungsfeld I „Berufs- und Studienorientierung“: Orientierung mit System

Das erste Handlungsfeld greift bereits seit vielen Jahren bewährte Praxis auf. Beginnend ab Klasse 8, werden in einem verbindlichen Prozess die aufeinander aufbauenden Standardelemente der Berufs- und Studienorientierung in allen Schulformen durchgeführt, also in Förder-, Haupt-, Real- und Sekundarschulen genauso wie in Gymnasien und Gesamtschulen. Dazu hat der Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen Mindeststandards und Umsetzungshilfen entwickelt.

Im Prozess der Berufs- und Studienorientierung sollen die Jugendlichen insbesondere ihre Potenziale und Fähigkeiten erkennen, berufsrelevante Kompetenzen ausbauen können, die betriebliche Arbeitswelt praktisch kennen lernen und erproben, zu einer begründeten Berufswahl kommen und wissen, welche Schritte nach dem Ende der Schulzeit notwendig sind, um das Ziel zu erreichen. Hier ist die Beteiligung der Betriebe und Unternehmen gefragt, indem ausreichend attraktive Praktikums- und insbesondere Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Durch die flächendeckende Umsetzung in allen Schulen erhalten alle Jugendlichen die gleichen Chancen, egal wo sie in Nordrhein-Westfalen leben – anders als bislang.

Handlungsfeld II „Übergangssystem“: Klare Anschlussperspektive

Jugendliche, die nach Abschluss der allgemein bildenden Schule nicht sofort ein Studium oder eine Ausbildung beginnen konnten, standen früher vor einem kaum überblickbaren Maßnahmendschungel mit der Gefahr, in wenig zielführende Warteschleifen einzumünden.

Mit „Kein Abschluss ohne Anschluss“ werden die vielfältigen Angebote im Übergang systematisiert, reduziert und der Zugang opti-

miert. Wichtig ist, dass die Jugendlichen vor Ort die individuell notwendigen und richtigen Alternativen finden. Die Schülerinnen und Schüler halten das Ergebnis ihres individuellen Berufs- und Studienorientierungsprozesses (= Handlungsfeld I) mit Unterstützung von Beratungskräften und Eltern noch vor Ende ihres Besuches der allgemein bildenden Schule fest. Diese so genannten Anschlussvereinbarungen werden ausgewertet und auf dieser Grundlage die Angebote vor Ort geplant und bereitgestellt.

Handlungsfeld III „Attraktivität des dualen Systems“: Der Weg zum Erfolg

Ein wichtiges Ziel der nordrhein-westfälischen Landesregierung wird mit dem dritten Handlungsfeld „Attraktivität der dualen Ausbildung“ ins Zentrum gestellt: die Fachkräftesicherung. Um sicherzustellen, dass es auch in Zukunft ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte in Nordrhein-Westfalen geben wird, will die Landesregierung gemeinsam mit ihren Partnern, den Lehrkräften, Eltern und nicht zuletzt Schülerinnen und Schülern deutlich machen, wie attraktiv der berufliche Bildungsweg über eine duale Ausbildung in Deutschland ist und welche vielfältigen Berufs- und Karrieremöglichkeiten sich nach der Ausbildung ergeben.

Handlungsfeld IV „Kommunale Koordinierung“: Motor des nahtlosen Übergangs

Die kommunale Koordinierung ist das zentrale Element für die erfolgreiche Umsetzung von „Kein Abschluss ohne Anschluss“, denn nur vor Ort können die Reformaufgaben geleistet werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Vernetzung aller vor Ort relevanten Akteure. Die bei den Gebietskörperschaften angesiedelten Kommunalen Koordinierungsstellen bilden dabei den Motor. Ihr Ziel ist es, vor Ort erforderliche Abstimmungsprozesse zu organisieren, Entscheidungen herbeizuführen, gemeinsame Ziele zu finden, festzulegen und nachzuhalten, Verantwortlichkeiten zu klären, Zusammenarbeit zu fördern und so für eine kontinuierliche Umsetzung des Landesvorhabens zu sorgen, mit dem Ziel, allen Jugendlichen einen gelungenen Übergang in Studium, Ausbildung und Beruf zu ermöglichen.

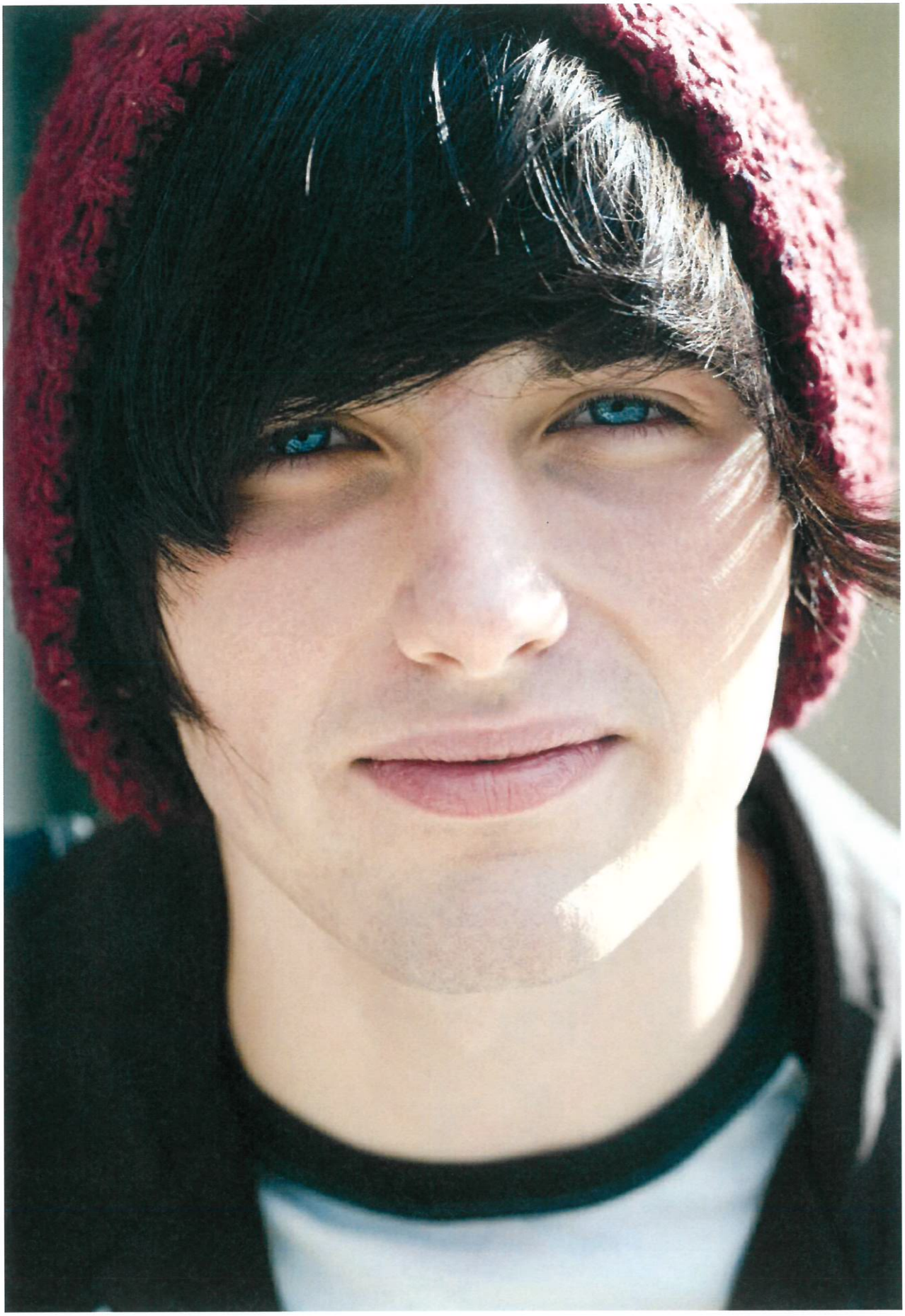
Christiane Schönefeld,
Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit

„Das neue Übergangssystem ist ein gemeinsames Konzept und zugleich eine verbindliche Zusage an die junge Generation, den Übergang von der Schule in eine Beschäftigung aktiv und abgestimmt zu fördern.

Alle Angebote und Leistungen zu bündeln, zu verzahnen und in konkrete Chancen für junge Leute umzusetzen ist ein hoher, aber lohnender Anspruch: für die jungen Menschen, für die Wirtschaft und insgesamt für das Land Nordrhein-Westfalen. Die Messlatte liegt hoch.

Die Bundesagentur für Arbeit sieht in der Realisierung dieses Anspruchs seit Jahren ihre Kernaufgabe. Die jetzt verbindlich festgeschriebene Kooperation bringt die Berufsorientierung, die individuelle, neutrale Berufsberatung und die Ausbildungsstellenvermittlung auf eine neue Handlungsebene und macht sie für Jugendliche und die Fachkräfte-Nachwuchs suchende Wirtschaft noch wirksamer. Neue Ansätze, wie zum Beispiel die Jugendberufsagenturen und die assistierte Ausbildung, ergänzen zukünftig Bewährtes.

‚Kein Abschluss ohne Anschluss‘ ist eine neue, stabile Brücke, die den Übergang von der Schule in den Beruf erleichtert. Auf dem Weg bleiben Engagement, Kompromissbereitschaft und Flexibilität bei Ausbildern und Bewerbern nach wie vor unverzichtbar.



Handlungsfeld I: Berufs- und Studienorientierung

Orientierung mit System

Frühzeitig ab der 8. Klasse starten die Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen ihre zielgerichtete Studien- und Berufsorientierung: Sie entdecken ihre eigenen Fähigkeiten, lernen auf dieser Grundlage Ausbildungsberufe oder Studiengänge in der Praxis kennen, zeichnen ihre Ergebnisse auf und legen in einer Vereinbarung die nächsten Schritte nach dem Schulabschluss fest.

Die ab der 8. Klasse beginnenden systematisch aufeinander aufbauenden Standardelemente der Berufs- und Studienorientierung befähigen Jugendliche dazu, eine passgenaue Berufs- oder Studienwahl zu treffen, sich eine Anschlussperspektive zu erarbeiten und eigenverantwortlich eine berufliche Existenz aufzubauen. Sie sollen aufgrund ihrer individuellen Fähigkeiten und durchaus auch jenseits traditioneller geschlechtsspezifischer Rollenbilder eine realistische Berufswahl treffen können. Dabei soll ihnen klar werden, dass es viel mehr Möglichkeiten im Beruf gibt als Jungen und Mädchen, auch solche mit Behinderungen, oft kennen.

Alle Schritte der Berufs- und Studienorientierung bauen planvoll aufeinander auf, setzen auf begleitende Beratung und die aktive Beteiligung der Eltern und insbesondere auf die der Schülerinnen und Schüler. Wesentliche Beiträge leisten neben den Schulen die Betriebe, Kammern, Verbände und Arbeitsagenturen aus der Region und die Kommunalen Koordinierungsstellen, damit der Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf nahtlos funktioniert.

Willy Hesse,
Präsident des Westdeutschen Handwerkskammertages

Ralf Kersting,
Präsident IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e. V.

„Seit Langem wünschen sich die Unternehmen, dass die Schulen ihre Schülerinnen und Schüler besser auf Ausbildung, Studium und Beruf vorbereiten. Mit der Initiative ‚Kein Abschluss ohne Anschluss' beginnt ein Systemwechsel in NRW. Schülerinnen und Schüler aller Schulformen werden Einblicke und Erfahrungen sammeln, die sie für ihre richtige Berufs- oder Studienwahl benötigen. Durch gemeinsame Anstrengungen von Politik, Schulen, Unternehmen, Kammern, Kommunen und Arbeitsagenturen muss dieser Systemwechsel gelingen.

Die Kammern unterstützen das neue verbindliche System und wirken bei der Umsetzung mit. Es ist nicht nur eine Chance für die Schülerinnen und Schüler. Unternehmen haben die Möglichkeit, jungen Menschen in ihren Betrieben zu zeigen, welche spannenden Tätigkeiten sich in verschiedenen Berufen verbergen. Sie können Wirtschaft erlebbar machen. Wenn sie über Berufsfelderkundungen und Praktika junge Menschen begeistern, werden sie am Ende mehr qualifizierte Bewerbungen für freie Ausbildungs- und Arbeitsplätze haben.

Zu Beginn erfahren sie, wo ihre Stärken und Interessen liegen. Dabei hilft eine umfängliche zusammen mit Experten erstellte Potenzialanalyse. Sie besteht aus praktischen und theoretischen Aufgaben, Fremd- und Selbsteinschätzungen und gibt den Jugendlichen Hinweise auf ihre fachlichen, praktischen, sozialen und methodischen Fähigkeiten, die wichtig fürs Berufsleben sind, aber auch für ihre persönliche Entwicklung. Die Ergebnisse werden mit den Schülerinnen und Schülern besprochen und bilden die Basis für alle weiteren Schritte der Orientierung. So erkunden die Jugendlichen direkt im Anschluss Berufsfelder, die zu ihren Interessen und Fähigkeiten passen.

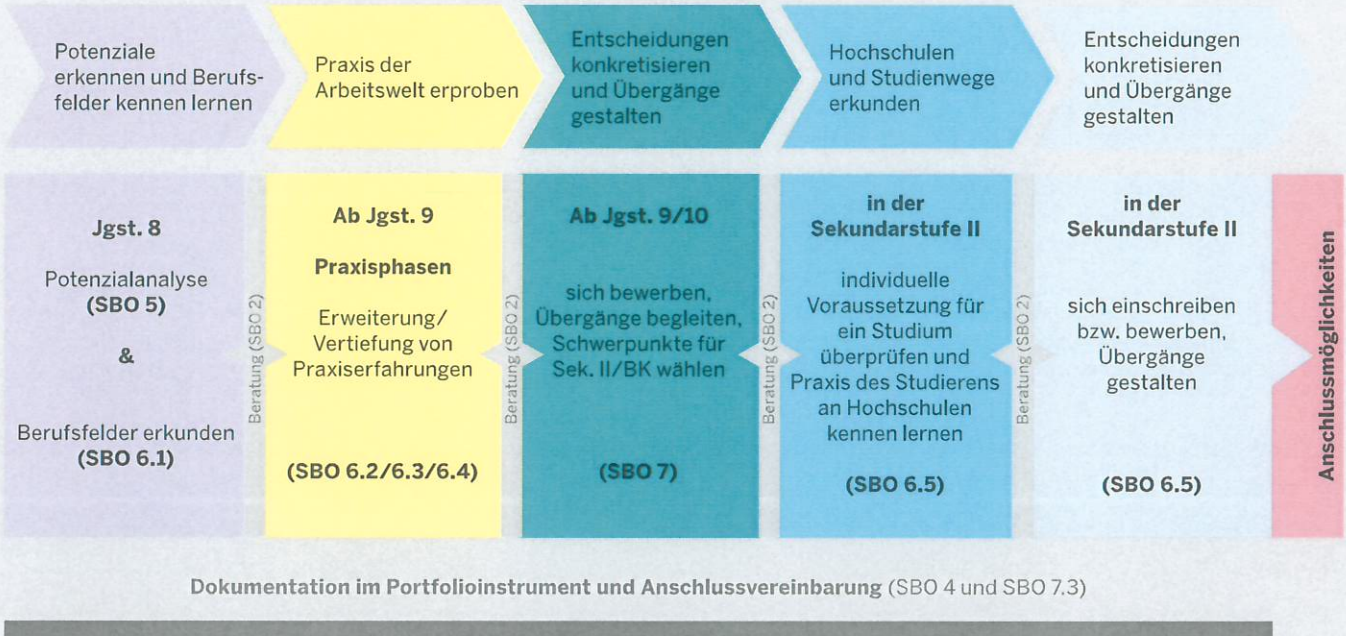
Bei Besuchen in Unternehmen sollen sie herausfinden, ob ein Berufsfeld wie Medien, Gesundheit, Bau oder Elektro ihnen wirklich liegt, und bereits sondieren, wo sie später ein Praktikum machen könnten. Denn ab Klasse 9 lernen die Schülerinnen und Schüler aller Schulformen die Praxis der Arbeitswelt genauer kennen. In Betrieben vor Ort erfahren sie während eines mehrwöchigen Betriebspraktikums ganz anschaulich, welche Anforderungen ein bestimmter Beruf stellt, und können besser entscheiden, ob er für sie in Frage kommt. Für die Betriebe hat das den Vorteil, dass sie in diesem Rahmen ihre Attraktivität als Arbeitgeber darstellen und ihren potenziellen Nachwuchs kennenlernen können. Die Jugendlichen, die ein Gymnasium oder eine Gesamtschule besuchen, können sich über Hochschulen, Studiengänge, verschiedene Studienwege, Möglichkeiten einer Berufsausbildung oder eines dualen Studiums informieren, um beurteilen zu können, ob sie studieren wollen, beziehungsweise welcher Studiengang oder welche Berufsausbildung für sie das Richtige ist.

In allen Phasen der Orientierung werden die Jugendlichen von Lehrkräften und weiteren Personen im Beratungsprozess, aber auch von ihren Eltern, intensiv begleitet. Die Jugendlichen halten die jeweiligen Ergebnisse in einer Mappe fest, können immer wieder auf die Informationen zugreifen und schrittweise ihren Ausbildungs- oder Studienwunsch entwickeln und festigen. Noch deutlich vor dem Schulabschluss formulieren die Schülerinnen und Schüler ihre Berufswahl und Ziele in einer schriftlichen Anschlussvereinbarung.

Brigitte Fröling,
erweiterte Schulleitung der Gemeinschaftshauptschule Overath, 2014 zertifiziert als berufsorientierungs- und ausbildungsfreundliche Schule

„Wir sind eine Gemeinschaftshauptschule und frühe Berufsorientierung spielt für uns traditionell eine große Rolle. Die Vorbereitung auf die Arbeitswelt ist bei uns Bestandteil des ganzen Schullebens. Potenzialanalyse und Berufsfelderkundung sind dabei wichtige Elemente ebenso die Anschlussvereinbarung, in der wir festhalten, wie es weitergeht. Einmal pro Halbjahr gibt es ab der Klasse 8 Beratungsgespräche – die sogenannten Zukunftskonferenzen. Hier werden die konkreten Schritte für den Berufsorientierungsprozess reflektiert und weiterführende Schritte geplant. Diese Zukunftskonferenzen finden zwischen Lehrern, Jugendlichen und Eltern immer auf Augenhöhe statt. Es ist die kontinuierliche Begleitung zusammen mit zielgerichteten Praxisphasen in Betrieben, die den Schülerinnen und Schülern hilft, zu einer fundierten Berufswahlentscheidung zu kommen. Ich denke, das ist das Erfolgsgeheimnis und verhindert Ausbildungs- und Studienabbrüche. Insgesamt haben wir mit dieser Vorgehensweise sehr gute Erfahrungen gemacht und konnten im Rheinisch-Bergischen Kreis die Quote von Schülerinnen und Schülern deutlich erhöhen, die in Ausbildung gehen.

Prozess der schulischen Berufs- und Studienorientierung:



(SBO – Standardelemente der Berufs- und Studienorientierung)

Quelle: Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW

Karlotta Wigger,
Schülerin aus
Ahaus am Alexander-
Hegius-Gymnasium

„In der Schule waren wir der erste Jahrgang, der in der 8. Klasse eine Potenzialanalyse gemacht hat. In der 9. Klasse gab es dann das ‚Projekt Zukunft', wo wir uns noch näher mit der Berufswelt beschäftigt haben, und jetzt absolvieren wir ein zweiwöchiges Betriebspraktikum. Ich bin in einem Verlag in Münster. Ich lese total gerne und finde es spannend, diesen Bereich näher kennenzulernen. Ein bisschen kommt es aber auch durch meine Mutter, die Buchhändlerin ist. Durch die Potenzialanalyse habe ich den ersten Anstoß bekommen, mehr über meine Zukunft nachzudenken und darüber, wo wirklich meine Stärken liegen und in welchen Bereichen ich das vielleicht auch im Beruf nutzen kann. Insgesamt hatte ich mich viel schlechter eingeschätzt und habe durch die Potenzialanalyse gemerkt, dass ich doch ziemlich viele Stärken habe. Interessant fand ich vor allem, den Unterschied zu sehen, wie ich mich selbst sehe und wie andere mich einschätzen. In der Klasse haben wir viel darüber geredet, aber auch mit meinen Eltern, und das waren richtig gute Gespräche. Es gibt so viele Möglichkeiten, was man nach der Schule machen kann. Ich finde es deshalb gut, dass wir Unterstützung bekommen. Wir werden nicht ins kalte Wasser geworfen und können uns schon früh auf die Berufswelt vorbereiten.

Die Anschlussvereinbarung wird mit Unterstützung von Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Berufsberaterinnen und -beratern als Bilanz der gesamten Orientierung erstellt. Darin werden die nächsten Schritte festgehalten, die notwendig sind, um das jeweilige Berufsziel zu erreichen. Dazu können die Bewerbung um einen Ausbildungsplatz in einem bestimmten Beruf oder das Einschreiben für ein Studium genauso gehören wie weitere Gespräche mit den Berufsberaterinnen und -beratern.

Eine bedeutende Rolle bei der Berufs- und Studienorientierung spielen die Eltern und Erziehungsberechtigten. Sie sind Vorbilder, Ratgeber und wichtige Vertrauenspersonen, wenn es um die Berufswahl geht. Sie sollten die Jugendlichen dazu motivieren, sich in jeder Phase der Berufs- und Studienorientierung aktiv einzubringen und somit die Chance auf eine gute Berufswahl zu nutzen. Um ihren wichtigen Part noch besser wahrnehmen zu können, werden die Eltern und Erziehungsberechtigten frühzeitig von Lehrkräften und Beratungspersonen über alle Schritte der Berufs- und Studienorientierung und der Übergangsmöglichkeiten informiert und mit ins Boot geholt.

Zeitliche Perspektive

Alle Elemente der Berufs- und Studienorientierung sollen im Rahmen von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ stufenweise bis 2018/2019 in allen allgemein bildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen flächendeckend eingeführt sein.

Damit werden ab 2018/2019 alle der rund 512.000 Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 bis 10 aller Schulformen erreicht.

Frank Wigger,
Vater von Karlotta Wigger (S. 13), die ein Gymnasium in Ahaus besucht

„Meine Tochter besucht ein Gymnasium und hat letztes Jahr, in der 8. Klasse, eine Potenzialanalyse mitgemacht. Das hat sie angeregt, über ihre berufliche Zukunft nachzudenken. Bis zum Abitur hat sie aber noch eine Weile Zeit, um herauszufinden, was sie im Anschluss an die Schule tatsächlich machen will. Sie hat viele Interessen, und ich bin zuversichtlich, dass sich in den nächsten Jahren die Richtung klären wird. Als Vater ist es für mich selbstverständlich, mit meiner Tochter im Gespräch zu bleiben und sie bei den ersten Schritten in die Berufswelt zu begleiten. Grundsätzlich finde ich es gut, dass die Schülerinnen und Schüler sich frühzeitig Gedanken über ihren beruflichen Werdegang machen und durch Angebote während der Schulzeit unterstützt werden. Die Schule nicht nur als Schule, sondern Schule auch als Vorbereitung auf das Leben zu betrachten, das ist eine ganz hervorragende Idee, die mit dem Landesvorhaben verknüpft ist. Wie alle Eltern wünsche auch ich mir, dass es gelingt, die Kinder auf den richtigen Weg zu bringen, damit sie ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten und in ihrem Beruf, in ihrem Leben glücklich werden können.

Das macht die systematische Berufs- und Studienorientierung in NRW aus:

- Schulische Strukturen wie Curricula, Studien- und Berufswahlkoordinatorinnen und -koordinatoren, Berufsorientierungsbüros zur Unterstützung.
- Regelmäßige Beratung der Jugendlichen über den gesamten Prozess hinweg durch Lehrkräfte, Eltern, Expertinnen und Experten der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit und andere Partner.
- Potenzialanalyse zu Beginn, um Talente, Fähigkeiten und Interessen aufzuzeigen.
- Praxisphasen und deren Verbindung mit Unterricht; z. B. Berufsfelderkundungen, Betriebspraktika.
- Portfolioinstrument wie der Berufswahlpass NRW oder eine andere Mappe, in der Ergebnisse und Erfahrungen festgehalten werden.
- Koordinierte Gestaltung des Übergangs inklusive Anschlussvereinbarung mit der Festlegung konkreter nächster Schritte.

Handlungsfeld II: Übergangssystem

Klare Anschlussperspektive

Jedes Mädchen und jeder Junge soll direkt nach dem Schulabschluss die passende Ausbildung oder das richtige Studium beginnen. Doch auch wer noch nicht so weit ist, findet dank einer großen Bandbreite an zielgerichteten Angeboten garantiert genau das Richtige für seinen individuellen Weg ins Berufsleben.

Entsprechend der Anschlussvereinbarung können die Jugendlichen sofort die nächsten Schritte in die Wege leiten, um zu ihrem Berufsziel zu gelangen. Wer so weit ist, sucht sich ein passendes Ausbildungsangebot und bewirbt sich auf eine Ausbildungsstelle oder schreibt sich für einen Studiengang ein.

Kommen Studium oder Berufsausbildung aus verschiedensten Gründen noch nicht in Frage, zum Beispiel weil es nicht die passende Ausbildungsstelle gibt oder die Jugendliche, der Jugendliche noch nicht ausbildungsreif ist, können auch andere Wege zum Berufsziel führen. Die Beraterinnen und Berater an den Schulen oder bei der Arbeitsagentur unterstützen die Jugendlichen bei der Erarbeitung von Alternativen.

Hanspeter Klein,
Vorsitzender des Verbandes freier Berufe im Lande NRW e. V.

Jürgen Roters,
Vorsitzender des Kommunalen Arbeitgeberverbandes NRW

„Angesichts einer alternden Mitarbeiterschaft ist es eine der wichtigsten Aufgaben einer vorausschauenden Personalentwicklung, gut ausgebildete junge Menschen für einen Einstieg in das Berufsleben zu fördern. An dem Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ haben sich daher der kommunale Arbeitgeberverband und der Verband freier Berufe von Anfang an beteiligt. Kommunale Arbeitgeber und Freiberufler bieten aufgrund ihrer vielfältigen Aufgabenstruktur hoch-interessante Berufsbilder, sehr gute Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven. Es ist daher auch eine Möglichkeit, die Attraktivität von unterschiedlichen Berufsfeldern deutlich zu machen.

Ein wichtiger Aspekt ist aus unserer Sicht der stetig durchgeführte Erfahrungsaustausch; die damit einhergehende verbesserte Vernetzung von Aktivitäten leistet nachhaltige Hilfestellung für ein zukunftsgewandtes, bedarfsorientiertes Personalmanagement. Durch eine verbesserte Berufsorientierung und konkrete Ausbildungsangebote für Jugendliche können dringend gesuchte junge Fachkräfte schneller und gezielter in die Verwaltungen und Betriebe sowie in die freiberuflichen Büros, Kanzleien, Praxen und Apotheken gebracht werden.

Unter den alternativen Angeboten von Berufskollegs oder Trägern gibt es jeweils passende für junge Menschen,

- deren bisherige Orientierungs- und Förderprozesse die Aufnahme einer Ausbildung noch nicht sinnvoll erscheinen lassen,
- bei denen Orientierungsprozess und Bewerbungen noch nicht direkt zur Aufnahme einer dualen Ausbildung geführt haben,
- die ein behindertengerechtes Angebot erhalten müssen.

Hier findet jede und jeder genau das Richtige, um baldmöglichst durchstarten zu können.

Damit Angebot und Nachfrage optimal aufeinander abgestimmt werden können, erhalten die Verantwortlichen in der jeweiligen Kommunalen Koordinierungsstelle einen Überblick über die Ergebnisse aller anonymisierten Anschlussvereinbarungen aus der Region und gleichen sie mit den zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätzen und den anderen Angeboten im Übergang von der Schule in den Beruf ab. Sie stoßen den Prozess zur Koordinierung der Akteure und ihrer Angebote an.

Wichtig ist: Die Jugendlichen, die noch nicht ausbildungsreif sind, werden zielgerichtet, praxisorientiert und ohne lange Wartezeiten auf ihre Ausbildung vorbereitet.

Damit Jugendliche ohne Umwege ihre beruflichen Ziele erreichen können, arbeiten viele regionale und landesweit agierende Akteure eng zusammen und stimmen ihre Aktivitäten und Angebote aufeinander ab. Dazu gehören etwa Schulen, Arbeitsagenturen, Unternehmen und Bildungsträger, aber auch Kammern, Verbände, Gewerkschaften, Kommunen, die Bundesagentur für Arbeit und die Landesregierung. Alle Beteiligten bleiben so lange dran, bis der erfolgreiche Anschluss in Ausbildung oder Studium klappt.

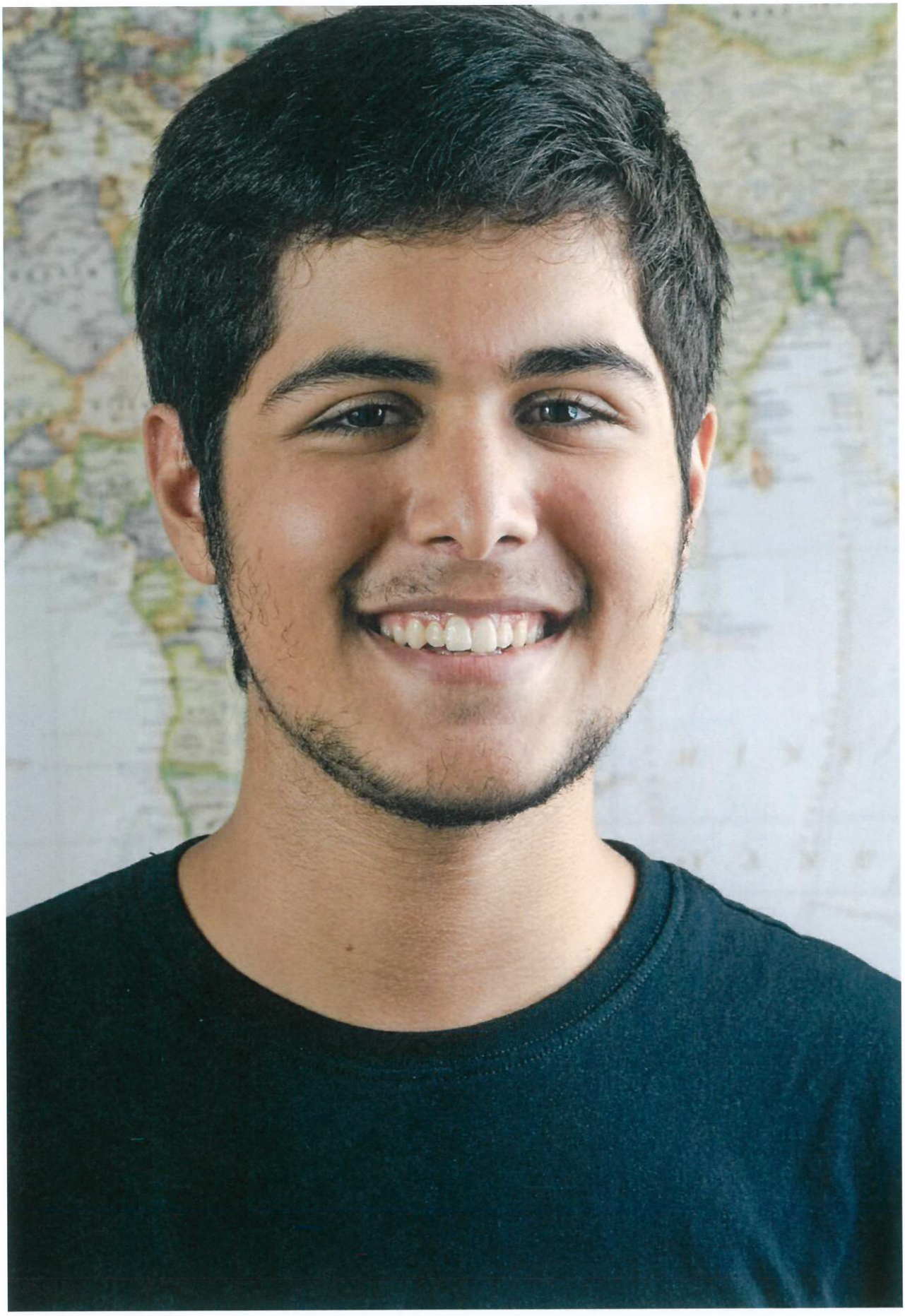
Susanne Bräuer,
Berufsberaterin in der Arbeitsagentur Bergisch Gladbach

„Kein Abschluss ohne Anschluss" (KAoA) erleichtert unsere Arbeit an den Schulen, denn es macht das Thema Berufsorientierung präsenter und verleiht ihm das notwendige Gewicht – an allen Schulformen. Das neue Übergangssystem sorgt für eine stärkere und engere Abstimmung und Vernetzung zwischen allen Beteiligten und fördert einen systematisierten und sehr kollegialen Austausch zwischen den Koordinatoren für Studien- und Berufsorientierung an den Schulen im Sinne von „Best Practice", den es vorher in dieser Form nicht gab. Die Schülerinnen und Schüler selbst sind begeistert – vor allem von den Berufsfelderkundungen. Es ist beeindruckend, wie intensiv sie sich schon in der 8. Klasse mit den Berufen, die sie kennenlernen, auseinandersetzen. Erstaunlich ist dabei, dass – zumindest in unserer Region – die Gewichtung zwischen Berufsfelderkundungen in Industrie und Handel und im Handwerk sehr ausgeglichen ist. Selbst an den Gymnasien interessieren sich die Schülerinnen und Schüler gleichermaßen für handwerkliche wie für kaufmännische Berufe, möchten zu gleichen Teilen in diese Bereiche hineinschnuppern. Letztlich hat KAoA nicht den Kern der Berufsorientierung verändert, aber in der Umsetzung vieles vereinfacht und verstetigt. Wir sind auf einem guten Weg.

Das macht den systematischen Übergang von der Schule in den Beruf in NRW aus:

- Die Schülerinnen und Schüler bilanzieren zum Ende ihrer Zeit an der allgemein bildenden Schule ihren individuellen Berufs- und Studienorientierungsprozess.
- Begleitet von Eltern, Lehrkräften, Berufsberaterinnen und -beratern leiten sie aus dem bisher Erfahrenen die nächsten Schritte für ihren weiteren Weg in den Beruf ab.
- Schriftlich festgehalten werden ihre Ergebnisse und die weiteren Schritte in einer verbindlichen Anschlussvereinbarung.
- Indem sie ihre weiteren Schritte planen, gestalten die Jugendlichen aktiv ihren Übergang
  - ... in eine Berufsausbildung (betrieblich oder vollschulisch)
  - ... in weitere Bildungsangebote, etwa zum Erwerb eines (höheren) Schulabschlusses
  - ... in ein Studium oder
  - ... in alternative Anschlusswege im Übergangssystem
- Die alternativen Anschlusswege sind insbesondere für die Jugendlichen gedacht, denen trotz einer guten und systematischen Orientierung nicht sofort der Übergang in die betriebliche Ausbildung, ein Studium oder eine weiterführende Schule gelingt.
- Die Angebote bereiten die Jugendlichen zielgerichtet, praxisorientiert und ohne lange Wartezeit auf eine mögliche Ausbildung vor.
- Die derzeit bestehenden Angebote im Übergang Schule – Beruf werden im Rahmen des Landesvorhabens systematisiert, verschlankt und optimiert.
- Gleichzeitig wird kommunal koordiniert das Angebot an Maßnahmen an die Nachfrage der Jugendlichen angepasst.

Eine detaillierte Aufstellung der Angebote im Übergang findet sich in der Broschüre „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW. Zusammenstellung der Instrumente und Angebote“.



Handlungsfeld III: Attraktivität des dualen Systems

Der Weg zum Erfolg

Das duale Ausbildungssystem gilt weltweit als Erfolgsmodell und ist ein Exportschlager. Damit die Vorteile der dualen Ausbildung auch hierzulande stärker bekannt werden, sollen Veranstaltungen, Informationsmaterialien und Aktionen Jugendlichen, Eltern und Lehrkräften die Attraktivität der dualen Ausbildung stärker vor Augen führen.

Wer eine duale Ausbildung machen will, kann zwischen rund 350 Berufen wählen, verdient von Beginn an Geld, hat beste Aussichten auf eine Festanstellung, Weiterbildungen und einen beruflichen Aufstieg, denn Fachkräfte werden gebraucht. Auch der Gang an die Fachhochschule oder die Universität ist möglich. Dennoch scheinen viele Eltern und Lehrerinnen und Lehrer und damit auch Schülerinnen und Schüler den Weg über das Abitur und die Hochschule in den Beruf vorzuziehen. Oft sind ihnen die vielen Vorteile der dualen Ausbildung nicht in ihrer ganzen Bandbreite bewusst.

Duale Ausbildung bedeutet Lernen in Schule und Betrieb. Die Auszubildenden bekommen in der Berufsschule die nötigen theoretischen Grundlagen für ihren Beruf vermittelt und sind gleichzeitig von Beginn an in ihrem Ausbildungsbetrieb an der Herstellung von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen beteiligt. Viele haben von Anfang an Kundenkontakt. So lernen sie früh, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen, was das Selbstvertrauen stärkt. Die Lernbereitschaft und der Erwerb von Schlüsselqualifikationen werden dadurch gefördert.

Andreas Meyer-Lauber,
Vorsitzender des
DGB-Bezirks NRW

Horst Werner Maier-Hunke,
Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW e. V.

„Ein gelungener Übergang junger Menschen von der Schule in den Beruf ist uns ein besonderes Anliegen. Hier werden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt, hier darf niemand verloren gehen. Dafür engagieren wir uns als nordrhein-westfälische Sozialpartner gemeinsam in der Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Ziel ist eine fundierte Berufsorientierung und eine passgenaue Beratung und Unterstützung der jungen Menschen bei diesem Übergang.

Ein solches System der Übergangsgestaltung überall und für alle Schülerinnen und Schüler in unserem Land fest zu verankern ist eine Herausforderung, aber vor allem eine besondere Chance, die wir nutzen müssen. Für die jungen Menschen ist das wichtig, damit sie eigenverantwortlich ihre Zukunft gestalten können. Für die Betriebe ist das wichtig zur Sicherung ihres Fachkräftenachwuchses.

Wir appellieren an alle, tatkräftig mitzumachen – vor allem die Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Lehrkräfte, Eltern und natürlich die Jugendlichen selbst!

Die enge Verknüpfung von Arbeitspraxis im Betrieb und theoretischem Hintergrund in der Berufsschule macht die Jugendlichen fit für die Anforderungen ihres Berufes. Mit einer dualen Ausbildung und betrieblichen Weiterbildungen qualifizieren sie sich als gefragte Fach- und Führungskräfte.

Das trägt nicht nur zu ihrem eigenen beruflichen Erfolg bei, sondern auch zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen.

Mit Informationsveranstaltungen und -materialien sowie im Dialog mit den Medien will das Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss" all diese Vorteile der dualen Ausbildung mehr in den Fokus rücken. Gezielte Informationsangebote sollen Lehrkräfte dabei unterstützen, Eltern während der Berufsorientierung ihrer Kinder umfassend auch in Bezug auf eine Ausbildung beraten zu können. Darüber hinaus kommen Auszubildende als Ausbildungsbotschafter an die Schulen, berichten aus erster Hand über ihre Erfahrungen aus der Arbeitspraxis und wecken Interesse an einer Ausbildung oder einem dualen Studiengang. Auch Dialogveranstaltungen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden an den Schulen sollen über die Chancen einer Ausbildung aufklären. Nicht zuletzt bekommen Schülerinnen und Schüler während der Berufsfelderkundungen und Praktika, die sie in Betrieben und Unternehmen machen, selbst realistische Einblicke in verschiedene Ausbildungsberufe.

Matthias Sander,
Maler- und Lackiermeister,
Bielefeld

„Als Betrieb beteiligen wir uns an dem Landesvorhaben und öffnen gerne unsere Tür für interessierte Schülerinnen und Schüler. Wir bilden regelmäßig aus, und es ist für uns eine gute Möglichkeit, potenzielle Bewerberinnen oder Bewerber durch ein Praktikum kennenzulernen. Wir haben gerade einen Schülerpraktikanten, der zweimal die Woche in unseren Betrieb kommt. Von seinen Unterlagen her hätten wir ihn wohl nicht ausgewählt. Aber er präsentiert sich hier so gut, dass wir ihm nun einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen.

Gerade im Handwerk wird es immer schwieriger, geeignete Auszubildende zu finden. Daher ist es eine gute Sache, dass nun mehr Wert auf frühe Berufsorientierung gelegt wird und dass den Jugendlichen praktische Berufe nähergebracht werden, wie sie gerade das Handwerk und die duale Berufsausbildung bieten. Die jungen Leute sind inzwischen besser informiert und wissen, was sie erwartet, wenn sie zu uns ins Praktikum kommen. Insofern kann ich anderen Betrieben nur raten, mitzumachen und die Chancen zu nutzen, die das Landesvorhaben eröffnet. Es lohnt sich, Mut zu zeigen und auszubilden.

Die Attraktivität der dualen Ausbildung steigern mit:

- Angeboten und Informationen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie Lehrkräfte und Berufsberaterinnen und -berater zur Unterstützung ihrer Arbeit mit Jugendlichen und Eltern während der Berufsorientierung.
- Auszubildenden als Ausbildungsbotschafter an den Schulen.
- Dialogveranstaltungen zwischen Wirtschaft und Schule.
- Materialien zu Berufs- und Karriereperspektiven nach einer dualen Ausbildung.
- Informationen und Ausbau der Angebote zum Erwerb von Zusatzqualifikationen.
- Der Bereitstellung von Plätzen für Berufsfelderkundungen und Praktika durch Betriebe, damit Schülerinnen und Schüler Berufe kennenlernen und positive Erfahrungen sammeln können.
- Dem Ziel, dass die Gesellschaft zukünftig die duale Ausbildung als gleichwertige Anschlussperspektive neben dem Studium anerkennt.

„Nach dem Abi habe ich gekellnert, um die Zeit bis zum Studium zu überbrücken. Der Freund eines Gastes kam irgendwann in den Laden, gab mir seine Visitenkarte und lud mich zum Praktikum in seinem Steinmetzbetrieb ein. Mein Beruf hatte mich gefunden.

Mit der Meisterschule ging es nach der Gesellenprüfung zwei Jahre nebenberuflich weiter. Als Meisterin habe ich mich für die Selbstständigkeit entschieden. Bis heute, sieben Jahre später, die richtige Wahl. Ich hätte mir in meiner Schulzeit schon früher eine hilfreiche Berufsorientierung gewünscht. Dann hätte ich früher herausfinden können, was mein Traumberuf ist und welche interessanten Perspektiven sich mit einer Berufsausbildung eröffnen.“

Kathrin Post,
Abiturientin und Meisterin,
Siegburg

„Früher war ich Schüler an der Gemeinschaftshauptschule Overath und bin heute im letzten Lehrjahr als Auszubildender im Beruf Industriemechaniker. Die frühe Berufsorientierung an der Schule hat mir geholfen, die richtige Berufswahl zu treffen. Bei den Beratungsgesprächen in der Schule, den „Zukunftskonferenzen“, waren meine Eltern immer dabei. So haben sie ganz andere Seiten von mir mitbekommen.“

Robin Berg,
Auszubildender und ehemaliger Schüler der Gemeinschaftshauptschule Overath

Handlungsfeld IV: Kommunale Koordinierung

Motor des nahtlosen Übergangs

Als treibende Kraft vor Ort sorgen die Kommunalen Koordinierungsstellen dafür, dass sich „Kein Abschluss ohne Anschluss“ nachhaltig etabliert. Sie bringen die Partner einer Region zusammen, bündeln die Aktivitäten, fördern Abstimmungen und Entwicklungen und koordinieren die Prozesse.

Die Kommunen spielen eine entscheidende Rolle für das Gelingen von „Kein Abschluss ohne Anschluss“, denn die einzelnen Schritte müssen vor Ort und auf die dortige Situation zugeschnitten umgesetzt werden. Die Kommunen richten mit finanzieller Unterstützung des Landes und der EU Koordinierungsstellen ein, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter alle Akteure und Entscheider aus der Region identifizieren, beteiligen, miteinander vernetzen und Abstimmungsprozesse und Aktivitäten vor Ort koordinieren. Die Partner schließen sich zu einer Verantwortungsgemeinschaft zusammen, ihre originären Zuständigkeiten bleiben

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW

Dr. Martin Klein,
Hauptgeschäftsführer des Landkreistages NRW

Dr. Bernd Jürgen Schneider,
Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW

Dr. Stephan Articus,
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages

Die Kommunen haben bei der Realisierung des Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss“ mit der örtlichen Koordinierung eine zentrale Aufgabe übernommen. Zur Vernetzung aller in den Regionen tätigen Akteure haben inzwischen nahezu alle kreisfreien Städte und Kreise Kommunale Koordinierungsstellen aufgebaut. Diese Aufgabe ist im Regelfall in den Regionalen Bildungsbüros angesiedelt, damit dezentral organisiert, um das bisherige Nebeneinander der vielfältigen Aktivitäten besser aufeinander abzustimmen und die Prozesse im Interesse eines effektiven Übergangsmanagements zu koordinieren. Die Kommunen sind nicht zuletzt aufgrund ihrer Kompetenzen im Bildungs- sowie im Sozial- und Jugendbereich die richtigen Stellen für diese Tätigkeit. Die Schaffung möglichst passgenauer und tragfähiger Übergänge von der Schule in Ausbildung und Beruf trägt wesentlich dazu bei, Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel gleichermaßen präventiv zu begegnen.

Die kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen begleiten die Kommunen auf dem Weg der Reform des Übergangssystems. Der Erfolg wird davon abhängig sein, dass alle Akteure ihren Beitrag leisten, um eine Integration junger Menschen in Ausbildung und Arbeit und damit in die Gesellschaft insgesamt zu gewährleisten.

aber bestehen. Zu den Partnern gehören zum Beispiel Schulen, Hochschulen, Betriebe, Kommunen, Kammern, Arbeitsagenturen, Jobcenter, Gewerkschaften, Bildungsträger und Verbände.

Die Kommunalen Koordinierungsstellen bringen alle an einen Tisch, klären mit ihnen zusammen, wer welche Aufgaben und Zuständigkeiten hat oder übernimmt, und entwickeln mit allen die gemeinsamen Ziele. Zu den Aufgaben der Koordinierungsstellen gehört es, Entwicklungsprozesse anzustoßen, Absprachen und Vereinbarungen in die Wege zu leiten und zu prüfen, ob diese eingehalten werden. Insofern ist kommunale Koordinierung ein Prozess aller Verantwortlichen vor Ort mit der Kommunalen Koordinierungsstelle als Motor.

Dies gilt auch für die Qualitätssicherung und -entwicklung. Die Koordinierungsstellen sorgen dafür, dass alle Aktivitäten aufeinander abgestimmt, alle Partner informiert sind und im Dialog bleiben. Sie informieren auch die Landesebene über die Entwicklungen vor Ort, damit alle Regionen davon profitieren können.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalen Koordinierungsstellen schaffen Transparenz bei allen Aktivitäten und stoßen Prozesse an, um Angebot und Nachfrage in Deckung zu bringen beispielsweise hinsichtlich der Art und Zahl der Praktikums- und Ausbildungsplätze und der Struktur von Maßnahmen und Bildungsgängen im Übergang. Gleichzeitig halten sie die Sicherung des Fachkräftebedarfes vor Ort im Blick. Kommunale Koordinierungsstellen, die vor Ort gemeinsam mit den jeweiligen Partnern den Übergangsprozess von der Schule in den Ausbildungsberuf oder das Studium koordinieren, sind bereits in allen 53 Gebietskörperschaften Nordrhein-Westfalens eingerichtet.

Den Start machten 2012 die Städteregion Aachen, die Städte Bielefeld, Dortmund, Mülheim, der Kreis Borken, der Rheinisch-Bergische Kreis und der Kreis Siegen-Wittgenstein. Mittlerweile haben auch alle anderen Gebietskörperschaften eigene Kommunale Koordinierungsstellen eingerichtet. Die erfolgreiche Umsetzung von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ hängt jetzt auch maßgeblich davon ab, welche politische Unterstützung das Vorhaben vor Ort erfährt. Es muss zur „Chefsache“ werden.

Gerd Seidel,
Leiter der Kommunalen Koordinierungsstelle Essen

„Mit dem Übergang Schule – Beruf beschäftigen wir uns in Essen schon lange. Doch anders als früher haben wir mit dem Landesvorhaben einen Rahmen, in dem sehr viel verbindlicher und transparenter für alle beteiligten Akteure die Strukturen vor Ort aufgebaut werden können. Das ist ein wirklicher Fortschritt. Es lassen sich gemeinsame Strategien entwickeln und verbindliche Absprachen treffen und es kann gezielt nachgesteuert werden. Während wir früher einzelne begrenzte Projekte hatten, sozusagen eine Blümchenwiese, haben wir heute ein gut bestelltes Feld, an dem alle mitarbeiten, auch die Schulen und auch die Unternehmen. Die kommunale Koordinierung ist dabei wichtig, um Anstöße zu geben, Initiative zu ergreifen und die Aktivitäten zu bündeln. Wir haben eine zentrale Mittlerfunktion, ohne die die Umsetzung des Übergangssystems sicher weniger effizient im Sinne eines erfolgreichen Übergangs Schule – Beruf für alle Schülerinnen und Schüler wäre. Das Landesvorhaben ist zugleich als lernender Prozess angelegt, bei dem alle Beteiligten die Möglichkeiten haben, sich aktiv an Veränderungen zu beteiligen. Das ist ungewöhnlich und eine ganz spannende Angelegenheit.

Aufgaben der kommunalen Koordinierung:

- Vernetzt Akteure vor Ort wie Schulen, Hochschulen, Agenturen für Arbeit, Jobcenter, Kammern, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, kommunale Ämter, Jugendhilfeträger, Integrationsfachdienste und Bildungsträger und koordiniert die Abstimmungsprozesse zwischen ihnen.
- Koordiniert die Umsetzung von Absprachen und Regelungen.
- Fördert Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Partnern.
- Optimiert Maßnahmen und stößt Entwicklungsprozesse an.
- Sorgt für Transparenz über den Verlauf des gesamten Prozesses.
- Hat Qualitätssicherung im Blick.

Erfolgsgeschichte in Nordrhein-Westfalen:
Bereits zwei Jahre nach dem Start arbeiten alle 53 Gebietskörperschaften an der Umsetzung des Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss“.

„Kein Abschluss ohne Anschluss“ Vorteile und Ziele:

- Jugendliche können auf Basis einer guten Studien- und Berufsorientierung eine realistische Einschätzung ihrer Berufswünsche, Kompetenzen und Fähigkeiten vornehmen und somit die richtige Entscheidung für ihre Zukunft treffen.
- Gut orientierte Jugendliche bewerben sich zielgerichtet auf die zu ihren Potenzialen, Fähigkeiten und Wünschen passenden Ausbildungsplätze und Studienangebote.
- Keine bloße Versorgung oder Verteilung. Im Gegenteil: die Berufs- und Studienwahl knüpft an die individuellen Stärken der Jugendlichen an.
- Jugendliche starten ohne „Irrwege“ und „Warteschleifen“ in Ausbildung, Studium und Beruf durch.
- Weg vom Maßnahmendschungel hin zu einer Angebotsstruktur, die Jugendliche gezielt fördert und sie fit macht für eine Ausbildung und das Erwerbsleben.
- Durch kommunal koordiniertes Vorgehen im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft entstehen verlässliche und transparente Strukturen für Jugendliche.
- Reduktion von Ausbildungs- und Studienabbrüchen.
- Chancen der dualen Ausbildung erkennen und alternative Bildungswege in den Blick nehmen.
- Sicherung der benötigten Fachkräfte.
- Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken.

Weiterführende Informationen:

Wenn Sie sich weiter informieren möchten zum Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“, besuchen Sie bitte die Internetseiten:

- www.keinabschlussohneanschluss.nrw.de
- www.arbeit.nrw.de
- www.berufsorientierung-nrw.de

Scannen Sie mit Ihrem Smartphone diesen QR-Code, um auf die Seite www.keinabschlussohneanschluss.nrw.de zu gelangen.

Herausgeber
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Fax 0211 855-3211
info@mais.nrw.de

www.mais.nrw.de

Redaktion
MAIS NRW
mpk Medienpool Köln GmbH
Birgit Meding, Bonn (Interviews)

Gestaltung
mpk Medienpool Köln GmbH

Fotos
Joe Kramer, Dortmund (S. 12, 23)
Thomas Lammertz (S. 4)
Thomas Range, Bochum (S. 6, 13, 14)
@ istockphoto: kali9 (S. 10), desperado (S. 16),
herkisi (S. 20), sestovic (S. 24)
PantherMedia / mandy godbehear (Titelbild)

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Düsseldorf, Juni 2015

2. geänderte Auflage

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf
Fax 0211 855-3211
info@mais.nrw.de
www.mais.nrw.de